

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 193.

60. Jahrgang.
Donnerstag, den 21. August

1913.

Ende des türkischen Vormarsches?

Das die Türken durch ihr Vorgehen über die Mariza nur bezwecken wollten, die Bulgaren in der Adrianopelfrage gefügiger zu machen, bestätigt sich mehr und mehr. Ueber den momentanen Stand der Lage kann der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ verlässlich mitteilen: Mehrere Botschafter haben geglaubt in ihren Unterredungen die Pforte von der Ueberschreitung der Mariza wie eindringlich warnen zu sollen. Als Antwort entwickelte die Pforte ihre Absichten dahin, daß es ihr fern liege, eine Linie jenseits des Marizaflusses dauernd zu besetzen. Von der Armee seien allerdings gewisse Punkte zum Schutze der muslimanischen, sowie der nichtmuslimanischen Bevölkerung, die den bulgarischen Greueln ausgesetzt seien, provisorisch besetzt worden. Daß es sich aber um keine dauernde Besetzung handle, gehe daraus hervor, daß die Pforte an der Eufregung von Zivildisziplin absehe. Sobald Bulgarien den Besitz Adrianopels anerkennt, würden diese verhältnismäßig unbedeutenden Komplikationen verschwinden. Trotz der Niedermetzelung der Gefangenen von Eski Zigora und der noch in diesem Augenblick von Bulgarien für gut befundenen Drangsalierung der Muslimen im Gebiete von Kiridschali, habe die Pforte von neuen Operationen abgesehen, und die dringenden Beweggründe, welche einen Vormarsch durchaus gerechtfertigt hätten, als nachgiebigkeit vor Europa unberücksichtigt gelassen. — Aber auch andere Meldungen weisen darauf hin, daß Enver Bey's Totenordnung eingedämmt werden soll:

Konstantinopel, 19. August. Der Großwesir erklärte, daß, wenn die Türken Demotika, Vratska und Ull besetzt hätten, so sei dies in erster Linie für die Sicherung einer guten strategischen Grenze für den Fall der Wiederannahme der Feindseligkeiten geschehen. Debeagatsch würde die Türkei niemals besetzen, wenn das Vorgehen des Feindes dies nicht energisch fordert. Man habe der Armee den kategorischen Befehl gegeben, nicht in weiteres Gebiet einzudringen. Der Großwesir schloß mit den Worten: „Glauben Sie, daß die Türkei niemals die Grenze überschreiten wird, welche sie in der Note vom 19. Juli bezeichnete.“

Konstantinopel, 19. August. Auf eine Anfrage des Oberkommandierenden der thrakischen Armee an die Pforte, ob er dem Wunsche des griechischen Oberkommandanten nachkommen und den Schutz der Türken und Griechen in Debeagatsch übernehmen solle, antwortete die Pforte, daß die türkische Armee, um Komplikationen zu vermeiden, von einer Besetzung weiteren Gebietes jenseits der Mariza absehen solle.

Trotdem wird jetzt von den Mächten und vornehmlich von Rußland energisch dahingearbeitet, die Balkanangelegenheit in ein ruhigeres Fahrwasser zu bringen:

Petersburg, 19. August. Seit einigen Tagen findet wegen des türkischen Vormarsches ein sehr reger Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten statt. Namentlich hat man sich auf Initiative Rußlands über die Frage des gegen die Türkei zu verhängenden Finanzboykotts und anderer energischer Mittel geäußert. Es scheint, wie hier verlautet, festzustehen, daß die Mächte der Tripleentente nicht gegen den Finanzboykott sind. In russischen diplomatischen Kreisen wird versichert, daß einige Großmächte die Frage direkter Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei angeregt hätten. Doch liegt in Petersburg die Absicht vor, den Vorschlag abzulehnen. Rußland hat die letzte Note Bulgariens durch das Versprechen beantwortet, es diplomatisch gegen die Türkei zu unterstützen.

Paris, 19. August. Aus Petersburg wird gemeldet, daß der Minister des Aeußeren Sazonow am gestrigen Geburtstag des Kaisers Franz Josef eine für die künftige Haltung Rußlands gegen die Pforte wichtige Unterredung mit dem Baron hatte. Man spricht von dem bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen Rußlands zu der Pforte. Man möchte in Petersburg darüber Klarheit gewinnen, inwiefern Griechenland die türkische Absicht einer Besetzung des Bulgariens zugunsten Teiles der ägäischen Küsten begünstigt. Diese Petersburger Meldungen haben hier eine gewisse Beunruhigung erzeugt.

London, 19. August. In England wird die Abfahrt der russischen Kriegsschiffe nach dem Vostocus als eine ernste Warnung an die Pforte aufgefaßt, Adrianopel zu räumen und die Armee hinter die Grenzlinie Enos-Midia zurückzuführen. Englische Meldungen aus Konstantinopel sind sich darüber einig, daß die Pforte diese Warnung ebenso unbeachtet lassen wird, wie die Ratschläge der übrigen Großmächte. Enver Bey beschließt jetzt eine vortrefflich ausgerüstete Armee von 200 000 Mann und weitere 200 000 sollen nach und nach in Thrakien zusammengezogen werden. Die Pforte ist offenbar entschlossen, es auf einen neuen Krieg ankommen zu lassen.

Die Adrianopel-Deputation, die bis jetzt Berlin gemieden hat, setzt unbeirrt ihren eigenartigen Weg fort:

London, 19. August. Die Deputation aus Adrianopel ist auf ihrer Europareise nun auch in London angekommen. Diese Bürger der umstrittenen Stadt Adrianopel betonen zwar den inoffiziellen Charakter ihrer Mission, verstehen es aber sehr gut, die im hiesigen Auswärtigen Amte so gefürchtete indisch-mohamedanische Perspektive wirkungsvoll zu entfalten. Bei ihrer schweren Aufgabe werden sie durch die alarmierenden Nachrichten aus der Türkei wesentlich unterstützt. Den Informationen des „Daily Telegraph“ zufolge, wäre eine weitere Offensive der Türkei zu gewärtigen. Der Schwerpunkt der Regierung habe sich nunmehr auf Adrianopel verschoben, wo Enver Bey über 250 000 Mann verfügen soll.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der neue Kriegsminister und das neue Spionagegesetz. Als dem Reichstage im Mai das neue Spionagegesetz mit seinen einschneidenden Bestimmungen für den Pressebestand vorgelegt wurde, wurden diese Bestimmungen von der deutschen Presse belächelt. Dieser Kampf scheint bei den maßgebenden Instanzen nicht ohne Eindruck geblieben zu sein, wenigstens ist die Berechtigung der von der Presse angeführten Gegengründe anerkannt worden. Wie die „Berl. N. N.“ erfahren, besteht die Aussicht, daß bei Beratung des Entwurfes im Reichstage die Regierung, vor allem der neue Kriegsminister, einer Milderung der bekämpften Bestimmungen über Mittelungen der Presse zustimmen wird, sie voraussichtlich sogar antagen wird. Es muß hervorgehoben werden, daß der neue Kriegsminister den Aufgaben der Presse volles Verständnis entgegenbringt und dafür Sorge getragen hat, ihren Dienst zu erleichtern.

Reichszuschuß zur Hinterbliebenenversicherung. Nach den bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, daß der Zuschuß des Reiches zur Hinterbliebenenversicherung für 1913 mit 1 900 000 Mark dem Bedürfnis entsprechen wird. Dieser Zuschuß ist mit Rücksicht darauf in der Höhe bemessen worden, daß sich die Wahrnehmung gezeigt hat, daß nach Einführung eines neuen Versicherungszweiges von den in einem Jahre anspruchsberechtigt gewordenen Personen nur ein Teil tatsächlich Ansprüche geltend macht. In den nächsten Jahren wird mit einer Verringerung dieser Sachlage und, wie die „Neue Politische Korrespondenz“ mitteilt, mit einer Erhöhung des Reichszuschusses gerechnet werden müssen.

Ende des Werftarbeiterstreiks in Stettin. Die streikenden Werftarbeiter in Stettin beschlossen am Dienstag nachmittag in drei großen, gleichzeitig tagenden Versammlungen die sofortige bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, und zwar mit überwältigender Mehrheit. Die Einstellung der Arbeiter wird durch den Arbeitsnachweis des Verbandes der Industriellen nach und nach branchenweise erfolgen.

Keine bairisch-luxemburgische Verbindung. Verschiedene norddeutsche und andere Blätter verbreiten die Nachricht von einer Verlobung des Prinzen Heinrich von Bayern mit der Großherzogin Adelheid von Luxemburg. Sie begründen dies damit, daß der Prinz häufiger in Schloß Hohenberg genest habe. Tatsächlich ist Prinz Heinrich seit dem Jahre 1911 nicht mehr in Hohenberg gewesen, und alle Gerüchte von einer Verlobung sind frei erjunden.

Oesterreich-Ungarn.

Das „alterprobierte Bündnis“. Der Trinkspruch, den Kaiser Wilhelm in Bad Homburg aus Anlaß des Geburtstages Kaiser Franz Josefs von Oesterreich ausgebracht hat, berührt durch die Betonung der Friedensliebe des greisen Kaisers und der Dauerhaftigkeit des „alterprobierten Bündnisses“ in Oesterreich überaus wohlthuend. Man sieht in ihm — und zwar mit Recht — eine Kundgebung dafür, daß die „Unstimmigkeiten“ in der Frage der Revision des Bukarester Friedens die Grundlagen des deutsch-oesterreichischen Bündnisses nicht haben verrücken können. Die Wiener „Reichspost“ legt besonderes Gewicht auf die Worte des Kaisers, daß es nicht zum wenigsten das Verdienst Kaiser Franz Josefs sei, daß der Friede Europas trotz der rauhen Stürme erhalten werden konnte. Damit sei jener gütigen Verleumdung, die Oesterreich-Ungarn als den Friedensstörer von Europa hinzustellen beliebt, von einer der höchsten Autoritäten entgegengetreten worden. Das „Neue Wiener Journal“ sagt: „Der Toast Kaiser Wilhelms wird in Oesterreich und Ungarn überall dort, wo nicht das Slaventum mit scheelen Augen das Bündnis zwischen Habsburg und Hohenzollern anstellt, das freudigste Echo hervorrufen. Das Bündnis ist unerschütterlich.“ Ähnlich äußert sich die „Oesterreichische Volkszeitung“, die in dem Trinkspruch einen „kalten Wasserstrahl“ für diejenigen sieht, welche auf einen Zerfall des deutsch-oesterreichischen Bündnisses gehofft haben.

Die Reservistenentlassungen in Oesterreich. Durch eine besondere Verfügung des Kaisers werden diesmal die Mannschaften im dritten Dienstjahre, nicht wie bisher normalerweise erst Mitte September, sondern bereits am 28. August in den Urlaub entlassen. Insgesamt kommen hierüber 60 000 Mann in Betracht, während die übrigen 20 000 Mann vom Präsenzjahre 1910 bei den großen Kaisermandern in Südböhmen zurückgehalten werden, und erst nach deren Abschluß in den Urlaub gehen.

Der Nationalitätenkampf in Böhmen. Am Dienstag vormittag von 10 bis halb 12 Uhr fand ein großer Ministerrat in Wien statt, der nachmittags fortgesetzt wurde. In ihm gelangten die wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik zur Besprechung, besonders die Stellungnahme der Regierung zu dem von den Deutschböhmen in Komotau gefaßten Beschlusse, der Wiener Regierung scharfe Opposition zu machen. Die „Neue Freie Presse“ warnt die Regierung, den Tschechen zu viele Beschlüsse zu fassen, welche auf eine Demütigung, Schädigung und Niederwerfung des deutschen Volkes ausgingen. Es würden dann sicher große Schwierigkeiten entstehen, welche schädigend auf die Monarchie wirken könnten.

Die „Bohemia“ meldet: Von besonderer Seite wird uns mitgeteilt, daß alle Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Regierung von den Deutschen verlangen werde, daß diese noch zuwarten mögen, damit es der Regierung möglich sei, den Beweis zu erbringen, daß die Verwaltungskommission, für deren Tätigkeit die Regierung die Verantwortung trage, keinen Schritt gegen die nationalen Interessen der Tschechen unternimmt.

Amerika.

Die Affäre Sulzer-Glynn. Nach dem Rechtsgutachten des Generalstaatsanwalts befindet sich Vizegouverneur Glynn in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes als Gouverneur, was auf die von Gouverneur Sulzer eingereichte Anfechtungsklage entschieden worden ist.

Mexiko und die Vereinigten Staaten. In einem Telegramm der Agentur Havas in New York wird erklärt, daß in einem letzten Interview es Pino gelungen sei, mit Huerta zu einem Uebereinkommen zu gelangen, und daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen dadurch vermieden werden würde.

Deutsche und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 20. August. Der Veteranentag des Königlich Sächsischen Militär-Vereins-Bundes am 2. September, der Korrespondenztag, wird die Anteilnahme aller vaterländisch empfindenden Kreise. Jedermann freut sich über den Gedanken und erhofft allseits reiche Ertragnisse. Schon aber sind Un-